D2-053-2 Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen

Antragsteller*in: Lisa Jörke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 53 bis 54 einfügen:
Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien erklärt, dass die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen sollen. Davon ist seit Beginn des Ukraine-Krieges keine Rede mehr, das Budget des BMZ wurde sogar reduziert. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen weiterhin ein Grundpfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben und entsprechend finanziert werden. Aufgrund des Krieges sind globale Nahrungsmittelkrisen zu befürchten. Die internationale

Begründung

Der Zusammenhang zwischen Verteidigungs- und humanitären/Entwicklungsausgaben und die Absichtserklärung der Regierung war im vorliegenden Entwurf nicht deutlich erkennbar.

Unterstützer*innen

Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Friedel Grützmacher (KV Berlin-Kreisfrei); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Christian Jacobs (KV Berlin-Kreisfrei)